

**Geschäftsführung
Gesundheitsausschuss**

Herr Kaune

Telefon: (0221) 221-24831

Fax: (0221) 221-26500

E-Mail: volker.kaune@stadt-koeln.de

Datum: 27.06.2014

Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 13.05.2014, 17:07 Uhr bis 18:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:**Vorsitzende**

Frau Cornelia Schmerbach SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerhard Brust	GRÜNE	Vertreter für Peil, Stefan
Herr Michael Paetzold	SPD	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU	
Frau Katrin Barion	GRÜNE	
Frau Bettina Houben	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Jana Schiele	Pro Köln
Frau Uschi Röhrig	Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Elke Bussmann	SPD
Herr Sven Kaske	auf Vorschlag der SPD-Fraktion
Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Jürgen Zastrow	CDU
Herr Thomas Eichmüller	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Brunelli GOL

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Robert Gaida

auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Martin Theisohn

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Thilo Fußten

Schwips e.V.

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis

Verwaltung

Frau Dr. Anne Bunte

Herr Johannes Feyrer

Dr. Anja Jakobs

Frau Margarete July

Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Bernd Rosenberger

Herr Jörg Simon

Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

Schriftführer

Herr Volker Kaune

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stefan Peil

GRÜNE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Frau Michaela Diers

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Frau Gisela Grüßer

VdK Köln

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses dieser Wahlperiode. Sie bedankt sich ausdrücklich für die faire Zusammenarbeit und die Unterstützung aus der Verwaltung.

Vor Beginn der Sitzung bittet CenterTV darum, die Sitzung aufnehmen zu dürfen. Es werde nur gefilmt, Tonaufnahmen gäbe es nicht.

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses stimmen diesem Vorhaben einstimmig zu.

Eine Vertreterin des Vereins „Frauen helfen Frauen e.V.“ bittet darum, zum Tagesordnungspunkt 6.3. ein Informationsblatt verteilen zu dürfen.

Auch dieser Bitte stimmt der Gesundheitsausschuss einstimmig zu.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht. Somit wird die Tagesordnung inklusive Nachtragstagesordnung wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Kinder- und Jugendgesundheit in Köln 2013/2014 (Frau Dr. Bunte)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Passivhausbauweise und Gesundheitsbelastungen
AN/0351/2014

3.1.1 Passivhausbauweise und Gesundheitsbelastungen Anfrage der FDP-Fraktion
AN/0351/2014
1081/2014

3.2 Photovoltaikanlagenkataster
AN/0511/2014

3.2.1 Beantwortung der Fragestellungen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln
hier: AN/0511/2014
1483/2014

3.3 Gefährdung der Wahlfreiheit für die Geburt
AN/0653/2014

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

5.1 Bedarfsanerkennung über die Erweiterung der bereits eingesetzten Gesundheitsamtssoftware Octoware bei 53
1262/2014

6 Mitteilungen

- 6.1 Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen in Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land - Zwischenbilanz 2014
1034/2014
- 6.2 Schülermittagessen
1306/2014
- 6.3 Erfahrungsbericht 2013 über die Finanzierung der beiden autonomen Frauenhäuser des Vereines " Frauen helfen Frauen e.V." im Rahmen einer individuellen Einzelfallhilfe (Tagessatzfinanzierung)
1252/2014
- 6.4 Dokumentation der Winterhilfe 2013/2014 für wohnungslose Menschen
1361/2014
- 6.5 Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg - Einstellung der Klageverfahren und des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Köln
1150/2014
- 6.6 Anordnung von Mehrarbeit für den Einsatzdienst der Feuerwehr Köln
1539/2014

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 11 Beschlussvorlagen**
- 12 Mitteilungen**
- 13 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A. Kinder- und Jugendgesundheit in Köln 2013/2014 (Frau Dr. Bunte)

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, und Frau Dr. Jakobs als Sachgebietsleiterin „Frühe Hilfen“ referieren zur Kinder- und Jugendgesundheit in Köln 2013/2014. Frau Dr. Bunte erläutert, dass diese Präsentation, die der Niederschrift beigelegt werde, eine Vorabinformation zum voraussichtlich im Sommer erscheinenden Kinder- und Jugendgesundheitsbericht darstelle.

Die Fragerunde wird von RM Herrn Paetzold eröffnet, der um Erläuterung des Begriffes „erhöhtes Kariesrisiko“ bittet.

Frau Dr. Bunte führt aus, dass damit Kinder gemeint seien, bei denen schon sehr früh aufgrund von Ernährung und festgestelltem Zahnstatus ein erhöhtes Risiko für eine dauerhafte Karies vorliege. In diese Betrachtung werde auch bereits die Milchzahnkaries einbezogen. Wenn festgestellt werde, dass nach einer ersten Mitteilung an die Eltern über den nicht ausreichenden Pflegezustand der Zähne keine Maßnahmen ergriffen worden seien (z.B. Prophylaxe), könne diesem Sachverhalt weiter nachgegangen werden.

SB Frau Barion fragt nach, wie hoch der im Zusammenhang mit den erläuterten „Frühen Hilfen“ erwähnte „hohe“ Anteil an Frauen mit Drogenproblematik genau sei. Frau Dr. Jakobs teilt mit, dass der Anteil drogenabhängiger Frauen bei den von den Familienhebammen betreuten Frauen über 23 Jahren etwa bei 18 % liege. Dies stelle gegenüber 2011 eine Verdopplung dar. Der Anteil von Frauen mit psychischen Erkrankungen liege bei 50 %.

SB Frau Houben fragt, ob der Termin zum Besuch von Einrichtungen durch die Zahnärzte vorher bekannt gegeben werde.

Frau Dr. Bunte informiert, dass die Untersuchungstage der Zahnärzte in den Einrichtungen angemeldet würden und die Erreichbarkeit der Kinder durch regelmäßige Besuche gewährleistet sei.

RM Herr Dr. Strahl fragt nach, aus welchem Grund die Altersgrenze bei „Jung und schwanger“ bei 23 Jahren liege.

Frau Dr. Jakobs führt aus, dass nur 25 % der betreuten Schwangeren unter 18 Jahre alt sei.

SE Frau Busmann bittet um Auskunft darüber, wie lange die Kinder psychisch kranker Mütter betreut würden.

Frau Dr. Jakobs informiert, dass die Familienhebammen bis zum 1. Geburtstag der Kinder tätig seien und die Frühen Hilfen bis zum 3. Geburtstag des Kindes Unterstützung anböten. Das Konzept sehe aber vor, dass die Familien bei Bedarf an weiterführende Hilfen angebunden werden.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fragt, ob die Aufgaben der Kinder- und Jugendpsychiatrie aufsuchend wahrgenommen würden oder ob die Betroffenen zur Beratung ins Gesundheitsamt kämen.

Frau Dr. Bunte erläutert, dass es dezentrale Termine in Schulen gebe, Eltern aber auch die Möglichkeit hätten, Beratungstermine zentral im Gesundheitsamt zu vereinbaren. Mit Beginn des anlaufenden Landesprojektes gebe es dann allerdings die Möglichkeit, neben dem Gesundheitsamt am Neumarkt auch fest in den Bezirken Kalk und

Mülheim – und hier in den Räumlichkeiten und in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen ASD - tätig zu werden.

SE Frau Brunelli fragt, ob auch Betroffene trotz eventueller Sprachbarrieren erreicht werden können.

Frau Dr. Bunte informiert, dass, wenn die Kolleginnen und Kollegen keine jeweiligen Sprachkenntnisse hätten, Sprachmittler eingesetzt würden.

SE Frau Brunelli bittet um Information, ob im Bereich „Jusch“ viele junge osteuropäische Schwangere betreut würden.

Frau Dr. Bunte erklärt, dass die versicherten Frauen im normalen System integriert seien.

Frau Dr. Jakobs erläutert, dass auch junge schwangere Frauen aus Osteuropa erreicht würden, da es die Möglichkeit gebe, die Frauen aus Stiftungsmitteln finanziell zu unterstützen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Keine

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Passivhausbauweise und Gesundheitsbelastungen AN/0351/2014

3.1.1 Passivhausbauweise und Gesundheitsbelastungen Anfrage der FDP-Fraktion AN/0351/2014 1081/2014

SB Frau Houben bedankt sich für die ausführliche Antwort der Verwaltung. Aus Sicht der FDP-Fraktion seien alle Fragen geklärt.

RM Herr Brust merkt an, dass sich aus seiner Sicht die Trockenheit der Luft durch die veränderte Bauweise alleine nicht ändere, sondern lediglich vom Lüftungsverhalten abhänge. Zur Verbesserung der Luftqualität (speziell die Luftfeuchtigkeit und der CO₂-Gehalt) in den Gebäuden, hier speziell im zu sanierenden Gebäude der Feuerwehr an der Scheibenstr., sei es wichtig, die Luftwechselrate bei Zwangsbelüftung entsprechend einzustellen und die Anlage fachgerecht zu warten.

3.2 Photovoltaikanlagenkataster AN/0511/2014

3.2.1 Beantwortung der Fragestellungen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln
hier: AN/0511/2014
1483/2014

SB Frau Houben bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage. Sie sei froh, dass trotz der rein theoretisch möglichen Gefahren bislang nichts passiert sei und hoffe, dass dies auch zukünftig der Fall sei.

3.3 Gefährdung der Wahlfreiheit für die Geburt
AN/0653/2014

SB Frau Houben äußert, dass ihr bewusst sei, dass es sich hier nicht um eine kommunale Aufgabe handele, allerdings würden die betroffenen Frauen in den Kommunen entbinden. Es sei ihr ein Anliegen, die Hebammen darin zu unterstützen, ihren Beruf komplett ausüben zu können. Familien sollten die Wahlfreiheit haben, in welcher Form und mit welcher Unterstützung eine Geburt ablaufe.

Frau Beigeordnete Reker betont, dass die Beantwortung aller Fragen den Kompetenzbereich der Verwaltung überschreite, Frau Dr. Bunte aber dennoch die vorliegenden Zahlen nenne und erläutere. Sie bittet um Nachsicht, dass eine umfassende Beantwortung der Fragestellungen nicht möglich sei.

Frau Dr. Bunte teilt mit, dass es zurzeit 27 Beleghebammen und 164 festangestellte Hebammen in Kölner Krankenhäusern gebe. Demgegenüber gebe es in NRW 2.200 Hebammen und 90.000 Pflegefachkräfte.

Die Frage 3 könne nicht beantwortet werden, da nicht alle Hebammen einem Verband angehörten und daher auch nicht zahlenmäßig erfasst würden. In diesem Zusammenhang weist Frau Dr. Bunte noch auf den aktuellen Bericht der Landesregierung zum Thema Schwangerschaft und Geburt hin.

SB Frau Houben äußert, dass es ihr klar gewesen sei, dass hier nicht alle Fragen beantwortet werden könnten, sie habe aber auf dieses wichtige Thema aufmerksam machen wollen.

SE Herr Dr. Zastrow möchte hier auf das allgemeine Problem der Kostenstruktur im Gesundheitswesen aufmerksam machen. In dem Moment, in dem die Kosten nicht abgedeckt seien, verändere sich die Versorgung. Dies gelte auch für den ärztlichen Bereich.

SE Herr Steffens weist darauf hin, dass der Entbinder bis zum 30. Lebensjahr des eventuell Geschädigten verklagt werden könne.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

5 Beschlussvorlagen

5.1 Bedarfsanerkennung über die Erweiterung der bereits eingesetzten Gesundheitsamtssoftware Octoware bei 53 1262/2014

Der Verwaltungsleiter des Gesundheitsamtes, Herr Simon, gibt auf Bitten der Ausschussvorsitzenden RM Frau Schmerbach eine Einführung zur Vorlage. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass der ursprüngliche Kostenansatz bedauerlicherweise um 90.000 € überschritten werden musste, der grundsätzliche Bedarf durch den Gesundheitsausschuss gemäß der ursprünglichen Vorlage im Jahr 2008 allerdings anerkannt worden sei.

Ziel der Einführung der neuen Software für das Gesundheitsamt sei die Erhebung verlässlicher auswertbarer Daten unter Berücksichtigung der im Gesundheitswesen geforderten Rechtssicherheit (Datenschutz) gewesen. Man habe hier mit der Entwicklerfirma quasi Neuland betreten. Die gemeinsame Entwicklungsarbeit von Firma und Gesundheitsamt, speziell auf die Kölner Bedürfnisse zugeschnitten, habe sich dann auch positiv auf die Kosten ausgewirkt.

Er bittet hier um Anerkennung des zukünftigen Bedarfs. Der Beschluss über die Bereitstellung von finanziellen Mitteln erfolge dann im Rahmen der Haushaltsplananmeldungen für das Jahr 2015, werde also den zuständigen Gremien noch zur finanziellen Beschlussfassung vorgelegt.

SE Herr Eichmüller möchte wissen, ob die in der Vorlage aufgeführten Module abschließend seien oder ob zu einem späteren Zeitpunkt noch mit einer Erweiterung zu rechnen sei und aus welchem Grund die Kosten für die Datensicherheit bei allen Modulen einzeln aufgeführt seien. Auch möchte er wissen, ob für einzelne Module (z.B. Scanner) geprüft worden sei, ob nicht andere Anbieter dieselbe Leistung kostengünstiger anbieten könnten. Zusätzlich fragt er noch nach, ob bei der Vielzahl der aufgeführten Schnittstellen zu anderen bei der Stadt Köln verwendeten Software-Produkten gewährleistet sei, dass auch diese später noch zur Verfügung stünden.

Herr Simon betont, dass es sich hier um ein sehr komplexes Thema handele, wobei eine Reihe von städtischen Vorgaben einzuhalten sei, um eine Einheitlichkeit zu gewährleisten. Dies betreffe insbesondere das Dokumentenmanagementsystem, welches die gesamte Stadtverwaltung nutze.

Es sei nicht geplant, weitere Module zu beschaffen. Die Aufzählung sei abschließend und die sehr konservative Kostenschätzung werde eingehalten.

Der Bereich des Mobilien medizinischen Dienstes (MMD) sei eine Besonderheit, da er, im Gegensatz zu anderen Bereichen des Gesundheitsamtes wie eine Arztpraxis funktioniere und Vorgaben von der KV einzuhalten seien. Dies betreffe allerdings nicht die Abrechnung mit der KV:

Es sei weiterhin nicht beabsichtigt, die Substitutionsambulanz anzubinden, da es sich hier um eine reine kassenärztliche Praxis handele, die die von der KV vorgegebene Software verwenden müsse.

Zum Thema Scannerlösung teilt Herr Simon mit, dass im Rahmen der Ausschreibung natürlich geprüft werde, ob es hierfür nicht günstigere Anbieter gebe. Die Kalkulation der Kosten sei auf der Basis der vorhandenen Verträge mit dem bisherigen Anbieter erfolgt.

Ein Wechsel des Anbieters bei den mit ihm zusammen entwickelten Modulen erscheine nicht sinnvoll.

Für alle anderen Fälle müsse das Vergabeverfahren abgewartet werden.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach weist darauf hin, dass die Fragestellungen im Rahmen des Vergabeverfahrens Berücksichtigung fänden. Mit der heutigen Vorlage würde lediglich der sachliche Bedarf anerkannt, die Finanzen fänden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Berücksichtigung.

SE Herr Eichmüller dankt für die erhellenden Ausführungen, fragt aber noch nach, ob er es richtig verstanden habe, dass beim Mobilen medizinischen Dienst jemand anderes die notwendige Software bezahle.

Herr Simon erläutert, die KV für jeden vom MMD betreuten, krankenversicherten Obdachlosen einen alles abgeltenden Pauschalbetrag bezahle und es etwa 500 bis 600 betreute Patienten gebe.

SE Herr Dr. Zastrow stellt dar, dass die Vorgaben der KV ausschließlich die Form der Abrechnung per EDV betreffen. Dieses Modul der kassenärztlichen Bundesvereinigung sei kostenlos. 95 % der EDV-Anforderungen in Arztpraxen seien Datenverwaltungsaufgaben. Bis auf das vorgegebene Abrechnungsmodul seien die Arztpraxen frei in der Softwareverwendung.

Herr Simon erläutert, dass die Substitutionsambulanz an das von Herrn Dr. Zastrow genannte Modul gebunden sei. Für den MMD sei aufgrund der speziellen Anforderung keine gängige Software geeignet.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss erkennt den Bedarf im Umfang von 346.000 € für Investitionsauszahlungen und ergebniswirksame Aufwendungen in Höhe jährlich bis zu 68.300 € in den Haushaltsjahren 2015ff unter Vorbehalt der gesicherten Finanzierung in den Haushaltsjahren 2015 ff. zur Erweiterung der bereits eingesetzten Gesundheitsamtssoftware OctowareTN an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

6.1 Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen in Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land - Zwischenbilanz 2014 1034/2014

6.2 Schülermittagessen 1306/2014

SE Herr Eichmüller fragt nach, ob sich die Schülerversorgung mittlerweile wieder verbessert habe bzw. wie die Situation bei den in den Medien in letzter Zeit neu kommunizierten Fällen aus ernährungsgesundheitlicher Sicht beurteilt werde.

Frau Dr. Bunte weist hier auf die individuelle Entscheidung in den einzelnen Schulen hin, in die das Gesundheitsamt nicht einbezogen werde. Weitere Fragen könnten nur von der Schulverwaltung beantwortet werden.

6.3 Erfahrungsbericht 2013 über die Finanzierung der beiden autonomen Frauenhäuser des Vereines " Frauen helfen Frauen e.V." im Rahmen einer individuellen Einzelfallhilfe (Tagessatzfinanzierung) 1252/2014

SB Frau Barion fragt nach der Vergleichbarkeit bei verändertem Berichtswesen auch zu anderen Kommunen.

Die Leiterin des Dienstleistungszentrums ResoDienste Köln, Frau July, erläutert, dass die Daten der Landesstatistik generell geeignet seien, einen kommunalen Vergleich durchzuführen. Das erweiterte Berichtswesen solle dazu dienen, mehr Datenqualität über die Auslastung der Frauenhäuser und den perspektivischen Bedarf für ein drittes Frauenhaus zu erhalten. Eine Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen könne über diese zusätzlichen Daten nicht erfolgen.

SB Frau Houben bittet um Erläuterung der Datenerfassung und fragt nach der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer im Frauenhaus 1, da in der Mitteilung nur die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Frauenhaus 2 angegeben sei.

Frau July erläutert die Datenerfassung von sog. Ablehnungen, die für die Darstellung des Bedarfs für ein 3. Frauenhaus notwendig sei. Bei den Ablehnungen sei es nicht möglich, festzustellen, ob bei der hohen Anzahl der Ablehnungen auch Dopplungen enthalten seien, z.B. riefen die Frauen in beiden Häusern z.T. auch mehrfach an. Nachts und an Wochenenden erfolge die Aufnahme nicht durch Fachkräfte, sondern durch Bewohnerinnen. Eine aussagekräftige statistische Erhebung der Aufnahmen und Telefonate durch diese Frauen, die sich selbst in einer Notlage befänden, erfolge nicht.

Die Zahlen für das Frauenhaus 1 würden für die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren nachgereicht und in die Niederschrift dieser Sitzung des Gesundheitsausschusses aufgenommen.

Nachgereichte statistische Daten zum Frauenhaus 1:

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer

Bis	7 Tage	1 Monat	3 Monate	6 Monate	1 Jahr	>1 Jahr
Frauenhaus 1:	16	13	6	7	4	0

SE Herr Dr. Theisohn zeigt sich überrascht über die hohe Ablehnungsquote. Frau July erläutert, dass hierin auch Doppelanfragen enthalten seien. Die Frauenhäuser seien bis auf wenige Tage voll belegt. NRW habe grundsätzlich ausreichend Frauenhausplätze. Großstädte hätten allerdings generell eine höhere Nachfragequote.

SE Herr Dr. Zastrow fragt nach der Anzahl der Plätze in den Frauenhäusern.

Frau July informiert, dass in jedem Frauenhaus 10 Plätze für Frauen zur Verfügung ständen.

Zusätzlich fragt SE Herr Dr. Zastrow noch nach den Gründen für die in einigen Fällen lange Aufenthaltsdauer und nach den Strategien für eine kürzere Aufenthaltsdauer.

Frau July erläutert, dass es sich bei den längeren Aufenthaltsdauern um begründete

Einzelfälle handle. Dies könne an der besonders schwierigen persönlichen Situation der Frauen und der Kinder liegen oder daran, dass aufgrund der in Köln bestehenden schwierigen Wohnraumsituation keine Anschlussversorgung gewährleistet sei. Wenn es die persönliche Situation der Frauen erlaube, dass sie in eine eigene Wohnung umziehen könnten, würde mit den Frauenhäusern und dem Amt für Wohnungswesen versucht, möglichst schnell eine bezahlbare Wohnung zu finden.

RM Herr Dr. Strahl bittet um Auskunft darüber, ob es für die anfallenden Kosten für Frauen von außerhalb einen Kostenerstattungsanspruch gebe.

Dieses wird von Frau July für die Dauer der Aufenthaltsdauer im Frauenhaus bestätigt (Rechtsgrundlage § 36 a SGB II).

SE Herr Steffens fragt, ob es neben der Akutversorgung auch einen Baustein zur Stabilisierung gebe.

Frau July erläutert, dass dies auch Aufgabe der Frauenhäuser sei. Ein Aufenthalt der Frauen bis zu 6 Monaten sei i.d.R. durch ihre persönliche Situation begründet, erst ab 6 Monaten kann ein längerer Aufenthalt auch durch die unzureichende Anschlussversorgung begründet sein.

6.4 Dokumentation der Winterhilfe 2013/2014 für wohnungslose Menschen 1361/2014

6.5 Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg - Einstellung der Klageverfahren und des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Köln 1150/2014

6.6 Anordnung von Mehrarbeit für den Einsatzdienst der Feuerwehr Köln 1539/2014

SE Herr Eichmüller fragt nach, ob es sich um ein Personalbemessungs- oder ein Personalgewinnungsproblem handle.

Herr Feyrer als Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, erläutert, dass hier beide Problematiken bestünden. Wenn alle Stellen besetzt wären, bestünde ein geringerer Bedarf an Mehrarbeit. Er betone aber, und hier verweist er auf den Brandschutzbedarfsplan, dass für neue gesetzliche Aufgaben auch zusätzliches Personal benötigt werde. Da die Ausbildung 18 Monate dauere, müsse auch 18 Monate im Voraus geplant werden. Hier würde mit einem gewissen Polster nach unten geplant, um eine Überkapazität zu vermeiden. Durch die auch im Bereich der Feuerwehr immer größer werdende Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt seien aktuell deutlich mehr Abgänge als geplant zu verzeichnen.

7 Mündliche Anfragen

SE Herr Dr. Zastrow fragt nach der Problematik der Spielabhängigkeit von Kindern und Jugendlichen bei Handy und Internet und den damit verbundenen erheblichen Kosten für Abonnements, für deren Begleichung sie nach seiner Kenntnis sogar Diebstähle begingen.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach informiert, dass diese Anfrage thematisch in den Kinder- und Jugendhilfeausschuss gehöre und bittet um Weiterleitung.

Frau Dr. Bunte berichtet noch über den Sachstand zum „Runden Tisch“ Glücksspielsucht, der am 29.04.2014 im Gesundheitsamt unter Beteiligung des Ordnungsamtes, der Polizei, Schuldnerberatungsstellen, Suchtberatungsstellen, dem JobCenter und verschiedener Kliniken stattgefunden habe. Es seien auch bereits Folgetermine für den 27.05 und den 24.06. vereinbart worden. Auch haben von den drei bundesweiten Experten für Glücksspielsucht zwei an der Veranstaltung teilgenommen. Im Gesundheitsamt würden bereits Eckpunkte für ein Handlungskonzept entwickelt. In Zukunft müsse darüber nachgedacht werden, auch Beratungsstellen gegen Glücksspielsucht über eine Landesförderung hinaus kommunal zu fördern. Die Kommune habe hier durch die Vergnügungssteuer grundsätzlich die Möglichkeit einer Finanzierung. Hier müsse allerdings eine Bedarfsanalyse durchgeführt und eine politische Entscheidung herbeigeführt werden.

Zum Thema Kinder psychisch kranker Eltern informiert Frau Dr. Bunte, dass am 15.05.14 ein Treffen mit den Akteuren stattfinde: Hier würden die 3 Elemente

- Niederschwellige Beratung der Eltern
- Die betroffenen Kinder müssten in einer Gruppe erfahren, dass sie mit dieser Problematik nicht allein seien
- Patenprojekt

diskutiert.

Bereits zu diesem Zeitpunkt sei klar, dass eine vollständige Fremdfinanzierung nicht möglich sei. Hierüber müsse das nach der Kommunalwahl zuständige Gremium beraten.

Schmerbach
Ausschussvorsitzende

Kaune
Schriftführer